

Kitas in Frankfurt geschlossen: Warnstreiks erfasst ganz Hessen!

In Darmstadt-Dieburg kommt es am 7. März 2025 zu Warnstreiks im öffentlichen Dienst. Verdi fordert bessere Arbeitsbedingungen und Gehälter.



Am Freitag, den 7. März 2025, bleiben die Kitas in Frankfurt geschlossen. Dies geschieht im Rahmen von Warnstreiks, zu denen die Gewerkschaft Verdi hessenweit aufgerufen hat. Am Streiktag werden über 100 Kitas in Frankfurt betroffen sein. Der Grund für den Arbeitskampf liegt in dem ausbleibenden Angebot aus den Tarifverhandlungen mit Bund und Kommunen im Sozial- und Erziehungsdienst. Verdi erhöht somit den Druck auf die Entscheidungsträger, um signifikante Verbesserungen für die Beschäftigten zu erreichen. Der Streik kommt als Reaktion auf das Fehlen eines Angebots während der Tarifverhandlungen, die am 18. Februar stattfanden, und betrifft mehr als 2,5 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die alle nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen streben.

In Frankfurt sind nicht nur die KITAS des städtischen Eigenbetriebs betroffen, sondern auch das Jugend- und Sozialamt sowie die kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. Die Kündigung von Verdi betrifft auch Einrichtungen in Offenbach und umliegenden Kreisen. Dies macht deutlich, wie weitreichend die Auswirkungen der Warnstreiks in Hessen sind. So sind ebenfalls das Personal in kommunalen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen aufgerufen, ihre Arbeit niederzulegen.

Forderungen der Gewerkschaft

Verdi hat spezifische Forderungen formuliert, die für viele Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst von zentraler Bedeutung sind. Dazu gehören:

- Verbesserung der Arbeitsbedingungen
- Flexiblere Arbeitszeitmodelle
- Entgelterhöhung von 8% mit einer Mindesterhöhung von 350 Euro pro Monat
- Erhöhung von Zuschlägen für belastende Schichten, einschließlich Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit

Zusätzlich gibt es bundesweite Forderungen, die unter anderem eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 200 Euro sowie die Einführung eines „Meine-Zeit-Kontos“ betreffen. Verdi plant auch Kundgebungen an verschiedenen Orten, darunter Offenbach, Wiesbaden und Darmstadt. Die Demonstrationen in diesen Städten sind für den Freitag angesetzt, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Der bundesweite Kontext

Die Streiks stehen im Zusammenhang mit den laufenden Tarifverhandlungen, die bereits im Januar 2025 begonnen haben. Rund 2,3 Millionen Angestellte bei Bund und Kommunen sind von den Auseinandersetzungen betroffen. In der ganzen Bundesrepublik fühlen sich die Beschäftigten unter Druck

gesetzt, insbesondere vor dem Hintergrund des drohenden Personalmangels und einer hohen Arbeitsbelastung. Die Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen kommen zu einem Zeitpunkt, an dem viele Mitarbeiter im öffentlichen Dienst unter Überlastung leiden.

Die nächste Verhandlungsrunde mit den Arbeitgebern ist für den 14. bis 16. März in Potsdam geplant. Die Arbeitgeberorganisation VKA hat die Forderungen der Gewerkschaften als finanziell unrealistisch abgelehnt, was die Lage weiter anspannt. Diese Tarifverhandlungen und Streiks sind auch eine Antwort auf den zuvor gescheiterten Dialog und die Unzufriedenheit der Beschäftigten mit der aktuellen Situation.

Verdi, die den bundesweiten Warnstreik initiiert hat, sieht den gerechten Lohn und eine angemessene Anerkennung der Arbeit im Sozial- und Erziehungsdienst als zentrale Anliegen. Angesichts der Bedeutung dieser Berufe für die Gesellschaft hofft die Gewerkschaft, dass der Druck auf die politischen Entscheidungsträger zu einem Umdenken und zu schnellen Lösungen führt.

Details	
Quellen	• www.fr.de • www.hessenschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de